

Samstag, 18. Juni 2022

Schweiz

«Der Bundesrat muss deutlich an Tempo zulegen»

Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz macht Druck in der Europapolitik. Weshalb, erklärt ihr Präsident, Regierungsrat Markus Dieth.

Doris Kleck

Vor einem Jahr hat der Bundesrat die Verhandlungen mit der EU abgebrochen. War das ein Fehler?

Der Entscheid ist für unseren Wirtschafts- und Forschungsstandort mit erheblichen Nachteilen verbunden. Der Bundesrat hat vor einem Jahr einfach die Türen zugeschlagen: Dieser Entscheid ist für uns schwer nachvollziehbar. Wir sind seither keinen Schritt weitergekommen. Wir appellieren an den Bundesrat, nun tragfähige Lösungen zu entwickeln und einen erkennbaren Handlungswillen zu zeigen.

Wie spürt die Nordwestschweiz die Folgen?

Vorab: Die Nordwestschweiz ist bedeutend für die ganze Schweizer Volkswirtschaft. Sie ist für 40 Prozent des gesamten Schweizer Exportvolumens verantwortlich. Fast die Hälfte geht in die EU. In unserer Region sind die Pharma, Medtech-Firmen und die Maschinenindustrie besonders stark: Das sind just jene Branchen, die besonders leiden, weil



«Forschungsstandort wird stark geschwächt»: Markus Dieth, Aargauer Finanzdirektor. Bild: Britta Gut

das Abkommen über die technischen Handelshemmnisse nicht mehr aktualisiert wird. Je länger wir ohne Lösungen dastehen, umso grösser wird die Unsicherheit für die Unternehmen, die auf einen diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Markt angewiesen sind. Dies führt dazu, dass Firmen ihre Investitionen eher im Ausland tätigen. Dies hat direkte Auswirkungen auf Arbeitsplätze. Es gibt noch weitere Probleme.

Nämlich?

Die Nordwestschweizer Bildungs- und Forschungseinrichtungen haben zwischen 2014 und 2020 knapp 300 Millionen Franken an Nettobeiträgen aus Horizon 2020 erhalten. Diese fallen jetzt weg. Die Kompensation des Bundes lindert die finanziellen Einbussen etwas, der wichtige Zugang zu den europäischen Forschungsprogrammen bleibt aber verwehrt. Der Forschungsstandort wird stark geschwächt. Der Anschluss an Horizon hat höchste Dringlichkeit. Die Nordwestschweizer Kantone fordern vom Bundesrat, dass er der EU-Kommission noch im Juni ein Angebot macht, dass die Schweiz wieder bei Horizon partizipieren kann.

Was soll der Bundesrat der EU bieten?

Der Bundesrat führt die Verhandlungen. Wir können diese Frage nicht beantworten. Klar ist aber: Der Bundesrat muss mit der EU-Kommission an einen Tisch sitzen und ernsthaft nach Lösungen suchen. Man wird nicht darum herumkommen,

sich mit den Forderungen der EU auf der institutionellen Ebene auseinanderzusetzen.

Der Bundesrat verfolgt einen sektoriellen Ansatz bei den institutionellen Fragen und er will die Verhandlungsmasse vergrössern, in dem er etwa auch ein Stromabkommen abschliessen will. Ist das die richtige Strategie?

Für uns steht das Ergebnis im Vordergrund. Der Weg dahin ist Sache des Bundesrates. Aber es braucht deutlich mehr Tempo. Und wir fordern, dass die Kantone besser eingebunden werden.

Bundesrat will Vorgehen mit EU intensivieren

Der Bundesrat hat sich am Freitag zu einer Klausur zurückgezogen, um das weitere Vorgehen mit der EU zu beraten. Im Februar hat sich die Regierung für einen «Paketansatz» mit der EU entschieden, um die bilateralen Abkommen auf eine stabile Basis zu stellen. Der Ansatz inte-

Deshalb hat die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) die Europakommission wieder ins Leben gerufen.

Haben Sie die Geduld mit dem Bundesrat verloren?

Nein, aber der Bund muss die Interessen der Kantone berücksichtigen. Natürlich sind auch die Kantone gefordert: Es muss uns gelingen, eine gemeinsame Haltung zu erarbeiten und diese in den Diskussionen mit dem Bund zu vertreten. Beides hat in den Diskussionen zum Rahmenabkommen zu wenig gut funktioniert. Wir werden auch diskutie-

ren müssen, ob es für die anstehenden Verhandlungen neue oder andere Kanäle und Diskussionsgefässe zwischen Bund und Kantonen braucht.

Die Kritik erstaunt: Bei den Verhandlungen zum Rahmenabkommen sass gar ein Vertreter der KdK in Brüssel am Verhandlungstisch.

Die KdK hat verschiedene Gefässe, um sich einzubringen. Tatsache ist aber auch: Zum Verhandlungsabbruch konnten wir uns nicht äussern.

Sie befürchten, dass die Erosion der Bilateralen die Schweiz hart treffen wird.

Fakt ist: Der Schweizer Wirtschaft geht es gut. Der Grossteil der Bevölkerung lebt gut mit dem Status quo.

Die Erosion erfolgt schrittweise und langsam. Es dauert lange, bis wir die Folgen spüren werden. Doch die Konsequenzen sind irreversibel und sie werden unseren Wohlstand gefährden. Deshalb müssen wir jetzt daran arbeiten, dass es nicht so weit kommt.

ressiert, die Probleme sind aber die alten: Die EU insistiere auf einer Lösung der institutionellen Fragen, die Positionen seien weit auseinander. Der Bundesrat hat entschieden, die Sondierungen mit der EU zu intensivieren. Für Verhandlungen brauche es auch von der EU «Flexibilität». (chm)